

Die Definition des Wahnsinns – der Bericht einer Neocon-Denkfabrik über Russland

Lasst uns das tun, was wir seit einem Jahrzehnt tun, und auf ein anderes Ergebnis hoffen.

18.06.2025 | Ian Proud

Offensichtlich gibt es keine Beweise dafür, dass Albert Einstein jemals gesagt hat: „Die Definition von Wahnsinn ist, dass man immer wieder das Gleiche tut und andere Ergebnisse erwartet.“ Und doch klingt der Aphorismus immer dann wahr, wenn eine neokonservative Denkfabrik einen neuen Bericht mit Rezepten für den Umgang mit Russland vorlegt.

Das war auch meine Reaktion, als ich kürzlich den *Russian Reality Check: How to destabilise the Kremlin* las, der im April von der im Vereinigten Königreich ansässigen Henry Jackson Society veröffentlicht wurde.

Der Bericht enthält keine neuen Ideen, und alles, was er vorschlägt, wurde schon einmal ausprobiert.

Konkret wird empfohlen, dass Europa seine Anstrengungen verdoppelt, um Russland wirtschaftlich unter Druck zu setzen, internen Dissens zu schüren und einen Regimewechsel herbeizuführen, die Cyber- und verdeckte Kriegsführung innerhalb Russlands zu verstärken, Russlands Nachbarn auf seine Seite zu ziehen und irgendwie die Entwicklungsländer davon zu überzeugen, dass dieser Ansatz für sie von Vorteil sein wird.

Diese Rezepte werden vor dem Hintergrund einer nachlassenden amerikanischen Begeisterung für den Ukraine-Krieg unter Trump erstellt.

Um es kurz zu machen: Die geringere Unterstützung der USA für die Ukraine hat bereits zu einer neuen Realität geführt, die aus weniger Geld, weniger Waffen, einer Verringerung der Cyberkapazitäten und militärischen Wegbereiter sowie der Glaubwürdigkeit auf der Weltbühne besteht, da Amerika in den Vereinten Nationen zunehmend mit oder zumindest nicht gegen Russland stimmt. All diese Faktoren bedeuten, dass Europa mehr ausgeben und härter arbeiten muss, um die derzeitige Haltung gegenüber einem Krieg in der Ukraine beizubehalten, den Russland auf dem Schlachtfeld gewinnt.

Die eigentliche Frage ist also, warum der Autor nach den enormen Anstrengungen, die er seit 2014 in alle fünf Säulen der Eindämmung Russlands gesteckt hat, glaubt, dass dies heute ohne amerikanische Hilfe funktionieren wird.

Was sind die Auswirkungen von „mehr vom Gleichen“ auf die wirtschaftliche Gesundheit Europas in einer Zeit, in der der Kontinent durch auferlegte hohe Energiepreise deindustrialisiert wird?

Und was bedeutet dies für die europäischen politischen Bewegungen in einer Zeit, in der sich der Links- und Rechtsruck beschleunigt, weil die Bürger die zunehmend kriegstreiberischen und Demokratie entziehenden Tendenzen der Eliten fürchten?

Diese umfassenderen Risiken und politischen Trends werden in dem Bericht nicht berücksichtigt. Wie in vielen Berichten von Denkfabriken werden große Pläne formuliert, ohne sich Gedanken über ihre Kosten, ihre politische Nachhaltigkeit oder, was besonders wichtig ist, über die Reaktion Russlands zu machen. Wir werden aufgefordert, von einer arithmetischen Antwort Moskaus auszugehen, bei der die Summe der westlichen Beiträge die russische Entschlossenheit und den politischen Willen zum Widerstand bei weitem übersteigt, so dass das russische politische System schließlich zusammenbricht.

Dieses Kalkül hat seit Beginn des Ukraine-Konflikts Ende 2013 zu keinem Zeitpunkt mehr gestimmt.

Die erste der fünf Säulen des Berichts befasst sich mit der wirtschaftlichen Kriegsführung und der Frage, wie man die Ressourcen des Kremls ausquetschen kann. Seit 2014 haben die westlichen Mächte beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt. Die Sanktionen haben die Struktur der russischen Wirtschaft verändert, zweifellos durch die Umstellung auf Kriegsführung und die Konzentration der Produktion in staatlichen Einrichtungen. Dadurch wurde der KMU-Sektor verdrängt. Dennoch wächst die russische Wirtschaft weiter, trotz der Herausforderungen durch Inflation und hohe Zinssätze.

Und die von Europa angewandte Wirtschaftstaktik, insbesondere im Bereich der Energieversorgung, hat in Europa zu steigenden Preisen, wirtschaftlicher Stagnation und Deindustrialisierung geführt.

Der Bericht geht nicht auf die wirtschaftlichen Risiken für Europa selbst ein, und es werden keine Wirtschaftsdaten untersucht.

Vielmehr werden die Leser aufgefordert zu glauben, dass nach elf Jahren Druck, der die europäischen Volkswirtschaften geschwächt hat, weiterer Druck ausreichen wird, um Putin umzustimmen.

Die Verhängung von Sanktionen gegen Russlands so genannte Schattenflotte hat sich nicht wesentlich auf die russischen Exporteinnahmen ausgewirkt, und der Autor gibt keine Auskunft darüber, wie zusätzliche Maßnahmen dies jetzt tun könnten. Sekundärsanktionen, d. h. die Verhängung von gigantischen Zöllen gegen Länder, die mit Russland Handel treiben (nach dem Vorbild des US-Gesetzentwurfs, der derzeit von Senator Lindsey Graham eingebracht wird), scheinen ebenso wenig zu wirken wie Trumps Handelszölle.

Einige der wirtschaftlichen Rezepte sind grundlegend fehlerhaft. Der Autor schlägt vor, „die Kapitalflucht aus Russland zu fördern, um die wirtschaftliche Instabilität weiter zu verschärfen“, indem man den Wirtschaftseliten Anreize für eine Verlagerung bietet. Und doch wurde das Vermögen vieler wohlhabender Russen, die heute in Europa leben, eingefroren, selbst wenn sie sich gegen den Krieg ausgesprochen haben.

Jeder Geschäftsmann, der in Russland geblieben ist, wird zweifellos mit den britischen Sanktionsgesetzen in Konflikt geraten, weil er in Putins Kriegswirtschaft Gewinne gemacht hat. Sie wären sogar noch stärker gefährdet als russische Geschäftsleute, die sich bei Kriegsbeginn bereits in Europa aufhielten und gegen die selbst Sanktionen verhängt wurden. Wie viele wohlhabende Russen werden dem Vereinigten Königreich und der EU wirklich so viel Vertrauen entgegen-

bringen, dass sie ihr Vermögen aufgrund des vagen und vergeblichen Versprechens verlagern, dies könne Putin schwächen? Ich würde sagen, keiner.

Ein Kernpunkt des wirtschaftlichen Drucks ist die unbedingte Entschlossenheit, die derzeit eingefrorenen russischen Reserven in Höhe von 300 Mrd. Dollar, die sich größtenteils in Belgien befinden, zu enteignen. Es besteht die Befürchtung, dass, sollte Russland in Friedensgesprächen Zugeständnisse machen, der Druck auf die Rückgabe dieser Vermögenswerte zunehmen könnte. Sollte Russland tatsächlich Zugeständnisse machen, um die Vermögenswerte zurückzubekommen, müssten die europäischen Staaten die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine tragen. Mit anderen Worten: Ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine wäre teuer, weil die Verantwortung für die Wiederaufbaukosten auf Europa abgewälzt würde.

Anstatt also den Krieg zu beenden und den Preis dafür zu zahlen, sollten die russischen Vermögenswerte jetzt beschlagnahmt werden, auch wenn dies Russland dazu ermutigen würde, den Kampf zum Nachteil der Ukraine fortzusetzen, was langfristig viel teurer für Europa wäre. Und auch wenn dies der Glaubwürdigkeit des europäischen Finanzsystems unermesslichen Schaden zufügen würde.

Der Autor räumt ein, dass Europa eine Verringerung der Wirksamkeit der Sanktionen erleben würde, wenn die USA ihre Sanktionen gegen Russland reduzieren. Dennoch plädiert er dafür, die Sanktionen trotzdem beizubehalten, ohne zu untersuchen, ob die derzeitigen Sanktionen tatsächlich funktionieren.

In Anbetracht des Risikos, dass Länder wie Ungarn und die Slowakei irgendwann den Sanktionskonsens aufkündigen und das Kartenhaus zum Einsturz bringen könnten, argumentiert der Bericht, dass „die EU die Abstimmungsregeln ändern muss, damit die mit Russland verbündeten Politiker in Ungarn und der Slowakei nicht in der Lage sind, die Entscheidungsfindung der EU zu verhindern“. Nichts schreit mehr danach, dass Europa die Demokratie in Russland fördert, als dass Entscheidungsfindungsprozesse in Europa weniger demokratisch sind.

Im Hinblick auf die anderen vier Säulen ruft der Bericht dazu auf, die russische Opposition zu unterstützen und den internen Dissens zu schüren. Hier drängt der Autor auf mehr Mittel für Medien und Oppositionsgruppen, die den russischen Wählern eine alternative Stimme geben.

Aber finanzieren wir nicht schon seit über einem Jahrzehnt NGOs und alternative Medienkanäle in Russland, ohne Erfolg? Und wie sollen die europäischen Regierungen angesichts der massiven Kürzung der USAID-Mittel für ausländische NRO, die auf einen Regimewechsel in der ganzen Welt abzielen, die Finanzierungslücke schließen, nur damit diese Aktivitäten in ihrem derzeitigen Umfang fortgesetzt werden können?

Der Autor plädiert unter anderem für den Aufbau einer „Opposition im Exil“. Er räumt ein, dass „der Exil-Opposition in Russland die Legitimität fehlt“ und argumentiert, dass „Wahlen zu einem Exilrat, der von der russischen Diaspora gewählt wird, diesen Gruppen Legitimität verleihen würden“. Er erklärt jedoch nicht, woher die Legitimität einer Exilregierung kommt. Ich wage die Behauptung, dass diese eher in den Herzen und Köpfen der westlichen Globalisten zu finden ist, als im Rest des russischen Volkes.

Es werden verdeckte und Cyber-Operationen gefordert, um den Kampf gegen Russland aufzunehmen. In dem Bericht wird jedoch nicht anerkannt, dass diese Art von Aktivitäten bereits ein wesent-

licher Teil der Bemühungen westlicher Regierungen gegenüber Russland ist, und zwar durch Organisationen wie das britische GCHQ, die amerikanische NSA und andere.

Beunruhigend ist, dass der Autor des Berichts, der noch vor dem ukrainischen Spiderweb-Drohnenangriff auf russische strategische Bomber veröffentlicht wurde, davon ausgeht, dass europäische Regierungen ukrainische Sabotageaktionen innerhalb Russlands aktiv finanzieren und unterstützen. Im vergangenen Jahr haben mysteriöse Brände, Zugentgleisungen und unerklärliche Industrieunfälle zunehmend russische Lieferketten, Waffenfabriken und Treibstoffdepots betroffen. Viele dieser Vorfälle wurden ukrainischen Partisanen – wie Atesh in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine – und kremelfeindlichen Aufständischen zugeschrieben. Ihre Wirkung könnte jedoch mit direkter europäischer nachrichtendienstlicher, finanzieller und logistischer Unterstützung erheblich verstärkt werden.

Großbritannien und Europa sollten also grundsätzlich weitere Sabotageanschläge in Russland finanzieren und dabei helfen, diese zu orchestrieren. Es wird nicht darüber nachgedacht, wie Russland auf asymmetrische Weise auf das Wissen reagieren könnte, dass westliche Regierungen für Sabotageakte und Terrorismus innerhalb Russlands bezahlen. Aber da ich in der britischen Botschaft in Moskau war, als 2018 der Anschlag mit dem Nervengift in Salisbury stattfand, würde ich annehmen, dass Russland ähnliche Aktivitäten in unseren Ländern finanzieren und unterstützen würde.

Die beiden anderen Säulen, nämlich die Ermutigung der Nachbarländer Russlands, mehr Druck auszuüben, und der Versuch, Russland auf der Weltbühne zu isolieren, sind seit 2014 zentrale Bestandteile zumindest der britischen Strategie. Es wird nicht darüber nachgedacht, wie dies heute vor dem Hintergrund des schnellen Wachstums der BRICS-Gruppe von Entwicklungsländern funktionieren könnte.

Die Henry Jackson Society ist eine neokonservative Denkfabrik, die eng mit der Konservativen Partei des Vereinigten Königreichs verbunden ist. Boris Johnson hat das Vorwort zu ihrem Manifest für 2019 [geschrieben](#), in dem eine Vision für das globale Großbritannien dargelegt wird. Und es ist möglich, die Hand von Johnson in den idiotischen Rezepten dieses jüngsten Berichts über Russland zu sehen.

Wenn man einen Bericht eines neokonservativen Think Tanks über Russland gelesen hat, hat man sie natürlich alle gelesen. Dieser Bericht könnte genauso gut vom Atlantic Council oder dem Institute for the Study of War verfasst worden sein. Der Autor zeichnet eine allzu vereinfachte Welt, in der Europa mit Geld, das es nicht hat, einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine führt, ohne an eine russische Reaktion zu denken, die es nicht vorhersieht. Während es behauptet, die von Russland ausgehende Bedrohung für Europa zu verringern, versucht es, Russland so sehr zu verärgern, dass es sich selbst zerstört. Das, fürchte ich, ist Wahnsinn.